bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 16 | 31. Juli 2008

Rechte Szene 2

Dünne Personaldecke
Für die NPD ist die Kommunalwahl in Brandenburg nur ein Probelauf.

„Gaunersystem“
NPD-Parlamentarier Udo Pastörs droht den demokratischen Politikern.

„Kämpfer für Deutschland“
Der mehrfach vorbestrafte Alt-Neonazi Friedhelm Busse ist für die NPD eine „Symbolfigur“.

„Rathaus-Demokraten“
Der Münchner Stadtrat und Rechtsextremist Karl Richter sieht das Militärische als „eine essentielle Lebensform“.

Extreme Brutalität
Opfer vom Rand der Gesellschaft.

Grauzone 6

Einschlägig verortet
Bundeswehr muss ohne die „Deutsche Militärzeitschrift“ auskommen.

Verfassungsschutz 7

Öffentliche Präsenz
Rechtsextremisten in Thüringen blicken strategisch auf das Wahljahr 2009.

Ausland 8

Pleitegeier
Der rechtsextreme Front National in Frankreich steht vor dem Bankrott.

Braune Schatten
Bedrohliche rechtsextreme Szene in der Schweiz.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Mordkommando
Ein früherer SS-Mann aus den Niederlanden muss sich voraussichtlich in Aachen vor Gericht verantworten – das dürfte dann der letzte NS-Prozess werden.

Demokratische Initiativen 11

Uralter Judenhass
Ein neuer Band setzt sich mit antisemitischen Vorurteilen auseinander und liefert Denkanstöße sowie Argumente dagegen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Dünne Personaldecke

Für die NPD ist die Kommunalwahl in Brandenburg nur ein Probelauf.

Von sächsischen Verhältnissen träumt die NPD bei der Kommunalwahl in Brandenburg Ende September. Experten warnen zwar vor einem möglichen Erfolg für die rechtsextreme Partei. Doch so stark wie im Freistaat ist sie nicht. Die Abstimmung für die kommunalen Parlamente ist für den 250 Mitglieder starken Landesverband vor allem ein Testlauf für die Landtagswahl ein Jahr darauf. Nun ist die NPD schon auf halber Strecke gescheitert: Sie wird nicht wie verabredet, gemeinsam mit der DVU flächendeckend in Brandenburg für die Kreistage antreten. Nur in vier von 14 Landkreisen und mit Cottbus in einer von vier kreisfreien Städten stellt sie Listen auf. In zwei weiteren Kreisen sollen NPD-Mitglieder auf DVU-Ticket kandidieren.

„Es ist nicht zu erkennen, dass sie für bürgerliche Wählerschichten vorzeigbare Kandidaten haben“, sagt Christoph Kopke vom Moses-Mendelssohn-Zentrum in Potsdam. Die NPD in Brandenburg sei zudem deutlich schwächer aufgestellt als etwa in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen. Dort ist die Partei in ländlichen Regionen mittlerweile fest verankert. Im Vergleich dazu sei es für die Rechtsextremisten in Brandenburg schwieriger, politisch in die Offensive zu kommen. Das hat vor allem zwei Ursachen: Interner Zwist und regionale Abspaltungen wie der nun rechtskräftig verbotene „Schutzbund Deutschland“ haben die Partei in der Vergangenheit erheblich geschwächt. Zudem stehen die Rechtsextremisten in Brandenburg durch Aktionen von Zivilgesellschaft und einer harten Repressionslinie der Politik stärker unter Druck als in den anderen ostdeutschen Ländern. Deshalb glaubt Kopke: „Es wird keinen Durchmarsch der NPD in Brandenburg geben.“

Dennoch versucht die NPD, ihr Image als Bürgerschreck loszuwerden, sich als bürgernah und bürgerfreundlich darzustellen – besonders im ländlichen Bereich, wo sich die etablierten Parteien im Schwund befinden. Die Strategie ist klar: Die NPD will zeigen, sie ist die Partei, die sich um die Belange der Menschen kümmere, ihr werde zu Unrecht Schlechtes nachgesagt. Doch dieses Vorgehen trägt kaum Früchte. Wie zum Beispiel ein Aufmarsch in Joachimsthal. Dort hatte sich ein auf gerichtlichen Beschluss freigelassener Sexualstraftäter niedergelassen. Es kam zu Protesten im Ort, eine Bürgerinitiative gründete sich. Prompt rief die NPD zu einem Aufzug. „Wir sind hier, um der Bevölkerung unsere Anerkennung zu zeigen und sie zu unterstützen“, sagte der Berliner NPD-Landeschef Jörg Hähnel. Die Partei bot dem Ort an, beim Aufbau einer Bürgerwehr zu helfen. Doch die Joachimsthaler distanzierten sich.

Ein Grund dafür dürfte auch die zunehmende Radikalisierung der märkischen NPD ein. Laut Verfassungsschutz wird die Partei um den Landeschef und Bundespressesprecher Klaus Beier besonders in der Lausitz immer neonazistischer. In den vergangenen Monaten sind verstärkt Mitglieder verbotener und aufgelöster Kameradschaften über die Nachwuchsorganisation JN zur NPD gestoßen.

Aus Expertensicht erfüllt die Kommunalwahl in Brandenburg für die NPD vor allem eines: Ihr gehe es primär um den Aufbau von Parteistrukturen, um Präsenz zu zeigen, erst dann um kommunalpolitische Probleme, erklärt der Politikwissenschaftler Kopke. Tatsächlich sind seit 2006 verstärkt neue Kreis- und Ortsverbände reanimiert oder gegründet worden. Wie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern versucht die NPD, über eine kommunale Verankerung auf Landesebene voran zu kommen. Doch die Erfolge sind bescheiden. So räumte Landeschef Klaus Beier ein, dass mehr NPD-Mitglieder als erwartet auf Listen freier Wählergruppen kandidieren würden. Aus existenziellen Gründen könnten sie nicht unter dem Banner seiner Partei antreten. Daneben sucht die Führung überhaupt geeignetes Personal, das bereit ist, die Zustimmung der Wähler zu testen. So tritt Stella Hähnel für die Kreistagswahl im Landkreis Oberhavel an. Die Gattin von Multifunktionär Hähnel ist im NPD-Bundesvorstand für das Referat Familie zuständig und Sprecherin des Rings Nationaler Frauen, der unter ihre Ägide nun auch in Brandenburg Zulauf findet. Die Region am nördlichen Rand der Bundeshauptstadt ist zum Rückzugsraum für zahlreiche ranghohe NPD-Funktionäre geworden. Für Christoph Kopke zeigt die Kandidatur von Stella Hähnel ganz deutlich, „wie dünn die Personaldecke bei der NPD ist“.

Alexander Fröhlich

„Gaunersystem“

NPD-Parlamentarier Udo Pastörs droht den demokratischen Politikern.

Der Neonazi-Aufmarsch in Güstrow bei Rostock bestätigte, wer in den Straßen, Dörfern und Kleinstädten der rechten Szene von Mecklenburg-Vorpommern das Sagen hat. Die Anführer vom „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ (SNBP) und von der „Meckenburgischen Aktionsfront“ (MAF) gaben die Signale, sorgten für Disziplin auf der zweistündigen langen Route durch die Plattenbausiedlungen der Stadt. Rund 300 einheimische Freie Kräfte zogen am 19. Juli unter dem Motto „Sozial geht nur national – Nationaler Sozialismus statt Globalisierung“ durch endlose Straßen bis zum Marktplatz in die Innenstadt. Angeführt von Trommlern des „Heimatbunds Pommern“ folgten völkisch-nationale Anhänger der Kameradschaftsszene. Einzig der Schriftzug „NPD Stralsund“ wies auf die Anwesenheit der Partei im Demozug hin.

Die Parlamentarier Udo Pastörs und Stefan Köster repräsentierten die NPD als Redner, der Landtagsabgeordnete Raimund Borrmann marschierte wortlos in den Reihen der Fahnenträger mit. Die Leitung hatte Michael Gielnik aus Heringsdorf inne. Stillschweigend, aber dominant wirkten Tino Müller, Enrico Hamisch und David Petereit als führende Freie Kräfte. Petereit ließ den Schwarzen Block am Ende des Demonstrationszuges nicht aus dem Blick. Jüngere Kameraden hatten sich hinter Bannern verschanzt und versuchten immer wieder, sich von der straffen Organisation durch SNBP und MAF abzuheben. Ordnerkräfte kamen aus den Reihen der Gefolgschaft von Manfred Börm sowie aus der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ und dem „Heimatbund Pommern“.

In den Wohngebieten von Güstrow sammelten sich Passanten und Anwohner, die den braunen Zug verfolgten. Viele ließen sich NPD-Flyer in die Hand drücken. „Es ist Zeit zu rebellieren!“, grölte die Stimme von Liedermacherin Annett aus dem Lautsprecherwagen. Kein Transparent gegen den Aufmarsch war zu sehen. Gielnik und Pastörs nutzten die Gunst der Stunde für Agitation und lautstarke Parolen. „Wir kämpfen für ein Europa der weißen Rasse!“, brüllte Pastörs, oder: „Ob CDU, SPD oder PDS-Kommunisten – alle in einen Sack und dann mit ihnen dahin wo sie hingehören: in den Orkus der Geschichte.“ Den Lautsprecherwagen fuhr der mehrfach verurteilte Neonazi Sven Krüger aus Jamel.

In der Innenstadt wandelte sich das Bild schlagartig. Große Plakate hingen in den Ladenfenstern mit der Aufschrift: „Bemerkt die ersten Schatten!“ An der Kirche hing ein Transparent: „Unser Kreuz hat keine Haken“ und vor allem das Rathaus war bunt dekoriert. Rund 150 Gegendemonstranten machten Lärm. Redner der „Front deutscher Äpfel“ ulkten lautstark, sehr zum Ärger der Rechten. Aufgeregt wartete Pastörs die Redebeiträge von David Petereit und Stefan Köster ab und legte dann richtig los. Pastörs war kaum zu bremsen. Er schrie Worte wie „Blockparteienverbrecher“, „Gaunersystem“ und „Demokratie-Fratze“ ins Mikrophon und drohte dem Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier: „Ihr seid ein erbärmliches, amoralisches Häuflein, dass sich auch ganz, ganz leicht mit nur sehr wenig Kraft beiseite schieben lässt!“ Der Ex-Zeitsoldat wetterte gegen das „so genannte Grundgesetz“, kündigte Politikern an, die Jugend werde sie „einst zur Rechenschaft ziehen“ und drohte erneut in Richtung Rathaus: „Wir spaßen nicht, meine Herrschaften der verblichenen Roten Brigaden dort oben, die sich jetzt mit dem Trikot einer CDU und SPD schmücken!“ Pastörs sprach vom „biologischen Erhalt des deutschen Volkes“ und schwadronierte von „vielen Professoren“ an den Universitäten, die nicht offen „für unsere Sache“ einstehen könnten, aber ihre „Arbeit heimlich, still und leise“ machen würden.

Unauffällig schob sich ein älterer Mann durch den Kreis der Neonazis in die Mitte des Platzes. Nachdem Pastörs seine Schlussparole „Nichts für uns! Alles für Deutschland“ gebrüllt hatte, kündigte Gielnik den Mann als diskussionswilligen Gegner an, der das NPD-Angebot des „offenen Mikrophons“ angenommen habe. Mutig stellte sich Siegfried R. vor die Rechten. Deren Anführer formierten sich um ihn herum. R. sagte sehr ruhig, aber bestimmt: „Mir tut es leid für uns in Mecklenburg. Ich bin von ganzem Herzen gegen die NPD und ihre menschenverachtende Ideologie!“ Man nahm R. das Mikrophon ab. Als Pastörs ihn dann wüst als „Schwadroneur“, „Philantrophen“ beschimpfte und ihm eine „Gute Heimreise!“ wünschte, kam das gar nicht mehr gut an – weder bei Polizeibeamten noch bei empörten Anwohnern.

Andrea Röpke

„Kämpfer für Deutschland"

Der mehrfach vorbestrafte Alt-Neonazi Friedhelm Busse ist für die NPD eine „Symbolfigur".

In der Nacht zum 23. Juli ist in Passau der Altkader Friedhelm Busse, bis zuletzt bekennender Natioalsozialist, verstorben. An Busses Beerdigung, die drei Tage später, am 26. Juli, auf dem Friedhof hinter der Dorfkirche St. Korona in Patriching (Stadtkreis Passau) stattfand, nahmen rund 90 Führungsaktivisten aus den Reihen der NPD und der Neonazi-Szene teil. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hielt die Grabrede. „Friedhelm, der Kampf für Deutschland geht weiter", rief Voigt. Thomas Wulff, Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied, gab dem ehemaligen Rechtsterroristen Busse eine Fahne mit ins Grab, auf der ein Hakenkreuz prangte. Gesehen wurden auf Busses Beerdigung unter anderem noch Siegfried Borchardt, Norman Bordin, Matthias Fischer, Philipp Hasselbach, Uwe Meenen, Ulrich Pätzold, Rene Rodriguez-Teufer, Sascha Roßmüller, Edda Schmidt, Daniela Wegener, Willi Wiener und Renate Werlberger. Am Rande des rechtsextremen Aufmarsches war es auch zu gewalttätigen Übergriffen auf einen 35-jährigen Journalisten und eine 18-Jährige gekommen. Mehrere Stunden nach der Beerdigung wurde in der Passauer Innenstadt eine Frau mongolischer Abstammung von zwei Rechtsextremisten angegriffen und mit ausländerfeindlichen Parolen beleidigt.

Der 1929 in Bochum geborene Busse, von Beruf gelernter Schriftsetzer, war über Jahrzehnte hinweg einer der führenden bundesdeutschen Rechtsextremisten. Eigenangaben zufolge trat Busse, dessen Vater einer der ersten SA-Männer im Ruhrgebiet war und sich schon 1920 der NSDAP als Mitglied angeschlossen hatte, 1939 dem „Deutschen Jungvolk" bei, wobei er es bis zum „Jungvolkführer" brachte. Nach zwei Jahren Adolf-Hitler-Schule meldete er sich als 15-Jähriger 1944 freiwillig zur Waffen-SS und war bis Kriegsende bei der 12. SS-Panzer-Division „Hitlerjugend" in Österreich im Einsatz. Nach 1945 engagierte sich Busse in diversen rechtsextremen Zusammenhängen; unter anderem beim „Bund Deutscher Jugend" (BDJ), bei der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Deutschen Reichspartei (DRP). Im Januar 1965 erfolgte sein Eintritt in die NPD, zeitweilig war Busse stellvertretender NPD-Landesvorsitzender.

1971 wurde er wegen gewalttätiger Ausschreitungen aus der NPD ausgeschlossen. Busse wechselte zur „Aktion Neue Rechte" (ANR) und wurde 1973 in den Bundesvorstand gewählt. Bis Januar 1982 führte Busse die von ihm 1971 unter dem Namen „Partei der Arbeit – Volkssozialisten" gegründete „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA). Im Rahmen seiner VSBD/PdA-Aktivitäten überfiel Busse, bewaffnet mit einer Maschinenpistole, am 11. August 1981 eine Bank in Neuenstadt bei Heilbronn. Wenige Wochen später, am 20. Oktober, starben zwei VSBD/PdA-Kader bei einer Schießerei mit der Polizei. Eine dreiviertel Stunde später wurden elf Stangen Sprengstoff und einige Kisten Munition in Busses Garage von der Polizei beschlagnahmt. Busse erhielt 1983 wegen Begünstigung von Bankräubern und Verstoßes gegen das Waffengesetz eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten.

1986 wurde Busse zum „Gausekretär Bayern" der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) ernannt. Von 1988 an stand er der FAP, die 1995 verboten wurde, als Vorsitzender vor. Am 20. Oktober 2006 trat Busse dann erneut in die NPD ein. Als Redner war er zuvor bereits ab 1997 wieder auf NPD-Veranstaltungen aufgetreten, so unter anderem bei einer NPD-Kundgebung am 1. Mai 2001 in Essen. Lauthals verkündete Busse: „Wenn Deutschland erst judenfrei ist, dann brauchen wir kein Auschwitz mehr". Im Juni des gleichen Jahres bezeichnete Busse die Gründung der Bundesrepublik als „kriminellen Akt".

Der mehrfach vorbestrafte und knasterfahrene Busse wurde erstmals 1952 wegen gefährlicher Körperverletzung verhaftet. 1953 wurde Busse wegen Beihilfe zur Freiheitsberaubung zu einer sechswöchigen Gefängnisstrafe verurteilt. In einem Nachruf lobt die NPD Busse als einen „aufopferungsvollen Kämpfer für Deutschland", der „wie kaum ein Anderer den heutigen nationalen Widerstand entscheidend mitgeprägt" habe. Mit ihm, so betrauert die NPD, „verliert die nationale Bewegung in Deutschland eine Symbolfigur, welche für den täglichen Kampf um die Freiheit stand".

Anton Maegerle

„Rathaus-Demokraten"

Der Münchner Stadtrat und Rechtsextremist Karl Richter sieht das Militärische als „eine essentielle Lebensform".

Es war das Jahr 2004, in dem Karl Richter erstmals größere Aufmerksamkeit auf sich zog. Die „Frankfurter Allgemeine" machte seinerzeit publik, dass Richter ausgerechnet in Bernd Eichingers Film „Der Untergang" als Komparse tätig war und die Rolle des Adjutanten von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel spielte. Doch bereits Jahre zuvor nahm Richter nicht unwesentliche Stellungen als Referent des ehemaligen Europaabgeordneten der Republikaner Harald Neubauer (später Deutsche Liga für Volk und Heimat) oder als Chefredakteur des bekannten rechtsextremen Monatsblattes „Nation&Europa" ein.

Mit „Nation&Europa" verbindet Richter immer noch eine enge Zusammenarbeit, er ist seit langen Jahren Redaktionsmitglied, zählt neben anderen, wie Angelika Willig, ehemals Redakteurin der rechtslastigen Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF), zu den beständigsten Autoren. Auch erschienen bisher nur wenige Ausgaben der Theoriezeitschrift „Hier&Jetzt" der sächsischen NPD-Jugendorganisation, Junge Nationaldemokraten (JN), ohne Beteiligung Richters. Der studierte Historiker ist neuerdings auch im Impressum der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" als stellvertretender Chefredakteur aufgeführt.

Richter war und ist indes nie immer nur der Rechtsintellektuelle, als den er sich selbst gern inszeniert und was ihm im Jahr 2004 zum Aufstieg als Leiter des parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen verholfen haben dürfte. So äußerte der im Jahr 2008 mit der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) in das Rathaus von München eingezogene Rechtsextremist in einem Interview mit der JN-Zeitschrift „Hier&Jetzt" (Nr. 11/Sommer 2008) unlängst, dass er sich vom politischen Gegner nicht die Personalpolitik aufzwingen lasse. Er reagierte damit etwas gereizt auf die Nachfrage der JN-Redaktion, wie er denn eigentlich seine Entscheidung verteidige, ausgerechnet Norman Bordin zum Pressesprecher gemacht zu haben. „Da habe ich überhaupt nichts zu verteidigen.", so Richter. Bordin habe sich als „fähig, zuverlässig und effizient erwiesen, das ist alles."

Bordin, seit 2006 Landesvorsitzender der JN Bayern, ist jedoch kein unbeschriebenes Blatt. Er war bereits seit den 1990er Jahren in der Neonaziszene aktiv und galt einst gar als Hoffnungsträger des kürzlich verstorbenen Alt-Neonazis Friedhelm Busses. Mit dem Aufstieg als führende Kraft des parteipolitischen Rechtsextremismus wandte sich der mehrfach verurteilte Bordin der NPD zu. Am 10. Februar 2007 schließlich gab es in Budapest in Ungarn ein Neonazi-Konzert, auf dem NS-verherrlichende Lieder gespielt und der Hitlergruß gezeigt wurden. „Adolf Hitler, steig hernieder und regiere Deutschland wieder. Zum Himmel heben wir die Hand, für Führer, Volk und Vaterland.", grölten die versammelten Neonazis nach Angaben eines Fernsehsenders. Bei der Veranstaltung mit dabei: NPD-Funktionär Norman Bordin.

„Das MG 3 ist einfach eine feine Waffe"

Auch seine Jahre bei der Bundeswehr scheinen Karl Richter stark geprägt zu haben. Das Militärische sei in seinen „Augen eine essentielle Lebensform: es wird nicht diskutiert, sondern gemacht.", so der rechtsextreme Kommunalpolitiker gegenüber „Hier&Jetzt". Vor diesem Hintergrund erschließt sich leichter, was Richter meint, wenn er von seinen Ratskollegen abwertend als „Rathaus-Demokraten" spricht. Und er versäumt es auch nicht, schnippisch darauf hinzuweisen, dass „das MG 3 (...) einfach eine feine Waffe" sei.

Auch Angelika Willig, Chefredakteurin von „Hier&Jetzt", mahnte die eigene Leserschaft in der aktuellen Ausgabe vor allzu vielen demokratischen Flausen: „Wir sollten aufpassen, dass die deutschen Rechten nicht die letzten sind, die immer noch auf Freiheit und Demokratie pochen in der – vergeblichen – Hoffnung, dass diese Errungenschaften eines Tages auch ihnen zugute kommen." Gleich und Gleich gesellt sich eben gern.

Mathias Brodkorb

www.endstation-rechts.de

Extreme Brutalität

Opfer vom Rand der Gesellschaft.

In einer ehemaligen Tischlerei am Mühlentor in Templin in der Uckermark wurde am 22. Juli der 55-jährige Besitzer des Gebäudes und Gelegenheitsarbeiter Bernt K. tot aufgefunden. Nach Angaben der zuständigen Staatsanwaltschaft von Neuruppin wies der Tote massive Verletzungen am Kopf auf, die durch großflächige stumpfe Gewalteinwirkung entstanden sind. Die Polizei spricht von einem äußerst brutalen Vorgehen.

In Zusammenarbeit zwischen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft Neuruppin konnten zwei Tatverdächtige ermittelt werden, die schon länger in der örtlichen rechten Szene bekannt waren. Gegen den 18-jährigen Sven P wurde Haftbefehl wegen Mordes und gegen den 21-jährigen Christian W. wegen Totschlags erlassen. Beide sind einschlägig hervorgetreten. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde Sven P. kürzlich wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer 6-monatigen Jugendstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung verurteilt. Am 6. November 2007 verurteilte ihn das Amtsgericht Prenzlau in einem beschleunigten Verfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu mehreren Wochen Jugendarrest. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass P. wenige Tage zuvor mit zwei weiteren jungen Männern durch die Innenstadt von Templin gezogen war und Sprüche wie „Deutschland den Deutschen", „Sieg Heil" sowie „Ausländer raus" gebrüllt hatte. Auch Christian W. ist wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerer Brandstiftung vorbelastet und hat bereits eine Jugendstrafe verbüßt. Derzeit steht er nach Reststrafenaussetzung seit Juni letzten Jahres unter Bewährung.

Für die Staatsanwaltschaft ist noch offen, ob die rechtsextreme Gesinnung der Verdächtigen bei der Tat eine entscheidende Rolle spielte. In Ermittlerkreisen wurden aber schon Parallelen zum Mord an dem 16-jährigen Marinus Schöberl im uckermärkischen Potzlow im Juli 2002 verglichen. Offenbar sei auch in Templin gezielt nach einem vermeintlich schwachen, am Rande der Gesellschaft lebenden Opfer gesucht worden.

Peter Nowak

Grauzone

Einschlägig verortet

Bundeswehr muss ohne die „Deutsche Militärzeitschrift" auskommen.

Die Bundesregierung hat „alle Bibliotheken und Fachinformationsstellen im Fachinformationswesen der Bundeswehr" angewiesen, den Bezug der „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ) einzustellen, da diese dem „rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen" sei. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/9550) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/9292) hervor. Erkenntnissen der Bundesregierung zufolge seien in der DMZ „vereinzelt rechtsextremistische Werbebeiträge enthalten". In diesem Zusammenhang verwies die Regierung auch auf eine ältere Antwort (16/1282) zu diesem Thema. Demnach stehe die DMZ dem rechtsextremistischen Arndt-Verlag nahe und veröffentliche „regelmäßig Werbeanzeigen für Druckerzeugnisse des Arndt-Verlages und anderer rechtsextremistischer Verlage". Im redaktionellen Teil der DMZ fänden sich „Beiträge, die den Zweiten Weltkrieg unkritisch und teilweise mit geschichtsrevisionistischer Tendenz thematisieren", heißt es ferner.

In der aktuellen Ausgabe der DMZ bezichtigt Arndt-Buchautor Werner Landhoff die „Verschwörer" des 20. Juli 1944 „landesverräterischer Tätigkeiten". Interviewpartner ist Hans Merkel (CSU), früher bei der Bundestagsverwaltung. Der Bundesverdienstkreuzträger ist „nicht unbedingt der Meinung, dass man Kasernen nach den Widerständlern benennen sollte". Mit Anzeigen in der DMZ sind Publikationen und Verlage wie „Der Schlesier", „Die Aula", „Zur Zeit", der NPD-nahe Verlag Deutsche Stimme, der Deutsche Buchdienst aus dem Hause Frey oder der Grabert-Verlag vertreten. Anzeigen der DMZ wurden unter anderem in der „Deutschen Stimme", der „Jungen Freiheit", dem Waffen-SS-treuen Blatt „Der Freiwillige" und dem „Eckart" geschaltet. Aktuell im Angebot des DMZ-Versandes sind Bücher bekannter Rechtsextremisten und Geschichtsrevisionisten wie Hajo Herrmann, David Irving und Vincent Reynouard. Seit Ende 2004 ist Manuel Ochsenreiter, zuvor langjähriger Autor der „Jungen Freiheit", Chefredakteur der DMZ. *A.M.*

Verfassungsschutz

Öffentliche Präsenz

Rechtsextremisten in Thüringen blicken strategisch auf das Wahljahr 2009.

Die Gewichtung im Verfassungsschutzbericht des Freistaates Thüringen ist eindeutig: Das Kapitel Rechtsextremismus nimmt zweieinhalb Mal so viel Platz ein wie der Bereich Linksextremismus. Die Zahl der Straftaten mit rechtsgerichtetem Hintergrund ist von 611 auf 753 im Vorjahr gestiegen, die erfassten Personen der rechten Szene weisen ein Plus von 115 auf nunmehr 1300 auf.

Eine dominante Rolle spielt die NPD. Innerhalb von zwei Jahren hat sie ihren Mitgliederbestand auf 550 mehr als verdoppelt. Die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) bringt es auf 30 Aktivisten in vier Stützpunkten. Strategisch schaut die NPD auf das Wahljahr 2009 und erhofft sich dort Erfolge bei den Kommunalwahlen. Sie spekuliert auf einen Wahlantritt zur Landtagswahl, obwohl eigentlich laut Deutschland-Pakt mit der DVU Gerhard Frey und Co. dafür den Vortritt hätten. Die DVU ist in Thüringen mit rund 50 Mitgliedern und wenigen Regionaltreffen kaum wahrnehmbar.

Die NPD setzt dagegen auf massive öffentliche Präsenz. Allein während einer achtwöchigen Mitgliederwerbekampagne vom 19. Mai 2007 an organisierte die Partei 40 Kundgebungen und 60 Info-Stände. Mittlerweile verfügt sie über 16 Kreisverbände. Gezielt gibt es Schulungen für rechtsextreme Provinzpolitiker, werden strikte Handlungsanweisungen von der NPD-Zentrale ausgegeben, die auf die gesellschaftliche Mitte abzielen. Dazu zählen das Aufgreifen kommunaler Themen, der Besuch von Sitzungen in Gemeinde-, Stadt- oder Kreisparlamenten, ein Engagement im vorpolitischen Raum durch Vereinsgründungen und Mitwirken in anderen Vereinen, das Lesen der regionalen Presse, das Beobachten des politischen Gegners, das Einreichen von Vorschlägen zur Jugendschöffenwahl, der Besuch von Dorf- und Stadtfesten. Zielgerichtet wurden von der NPD auch die Themenfelder Wirtschaft und Mittelstand sowie Landwirtschaft und Naturschutz besetzt. Regionale Zeitungsprojekte nutzt man zum Streuen der eigenen Doktrin, auch wenn optisch der Name NPD nicht auftaucht (siehe Titel wie „Rennsteigbote", „Wartburgkreisbote", „Blickpunkt Vogtland", „Bürgerstimme" oder „Pappenheimer"). Das aktive Einmischen garniert die Partei mit Aufmärschen und Kundgebungen, bei denen über das Aufbieten von Rechtsrock ein Schulterschluss mit Freien Kräften erfolgt – so geschehen beim „Thüringen-Tag der nationalen Jugend", bei „Rock für Deutschland" und dem „Fest der Völker".

Personell steht Thorsten Heise als Mittler zwischen Partei und Freien Nationalisten. Er ist Kopf einer Kameradschaft Eichsfeld rund um sein Anwesen in Fretterode. Weitere Kameradschaften gibt es in Altenburg um Thomas Gerlach (Kampfbund Deutscher Sozialisten, Freundeskreis Halbe) und um Martin Rühlemann mit der so genannten Braunen Aktionsfront Thüringen. Eine feste Kameradschaft existiert zudem mit dem Kern Zella Mehlis. In Erfurt, wo sich die rechte Szene aktuell zerstritten hat, wurde über Patrick Paul in Form eines Aktionsbündnisses gearbeitet, genauso wie in Jena mit einer über lange Zeit gemieteten Immobilie ein übergreifender Anlaufpunkt für rechte Aktivitäten besteht, bei denen auch der Liedermacher Maximilian Lemke involviert ist.

Überhaupt sehen die Verfassungsschützer eine rege Musikszene in Thüringen, in der mehrere Bands im Vorjahr CDs veröffentlicht haben. Von insgesamt 70 Internetseiten sind ein Drittel der Rechtsrockszene zuzuordnen. Am aktivsten betätigten sich die Gruppen „Celtic Dawn" (Heldrungen), „Eternal Bleeding" (Altenburg) und SKD (Gotha). Aus Altenburg kommen auch die Formationen „Moshpit" und „Brainwash". Anderer Musik-Schwerpunkt ist Gera mit den Bands „Totenburg", „Eugenik" und „Rabiat" (vormals D.N.A.). Neu aufgetaucht sind „Wolfssang" aus Nordthüringen und „Rabenschrei" aus Sondershausen. Dort ist auch der umtriebige Germania-Versand beheimatet. Szeneläden gibt es in Erfurt, Jena, Gera und Weimar.

Nicht nur die Jahreshauptversammlung des Theoriezirkels „Deutsches Kolleg" fand in Thüringen statt. Auch Jürgen Riegers „Artgemeinschaft" und die „Deutsche Freiheitsbewegung – der Bismarck-Deutsche" unter der Regie des früheren NPD-Bundeschef Günter Deckert tagten in dem Freistaat.

Horst Freires

Ausland

Pleitegeier

Der rechtsextreme Front National in Frankreich steht vor dem Bankrott.

So ernst war die (finanzielle und sonstige) Situation des Front National noch nie: Alle Konten der rechtsextremen Partei sind – vorläufig – blockiert, und wenn der FN sich nicht alsbald als zahlungsfähig erweist, dann wird ein gerichtlicher Bankrottverwalter eingesetzt werden. Unterdessen versicherte die Parteizentrale, zumindest „für den Juli“ – also aktuell – würden die Löhne und Gehälter der letzten verbliebenen Hauptamtlichen am Parteisitz noch bezahlt. Alsbald wird die Parteispitze des FN aber, zumindest in ihrem kollektiven Namen und ohne in Privatvermögen zu greifen (doch immerhin ist Jean-Marie Le Pen Multimillionär, aufgrund des umstrittenen Erbes des Zementfabrikanten Hubert Lambert von 1976), keinen Pfifferling mehr ausgeben dürfen.

In der dritten Juliwoche ordnete ein Gericht diese drakonische Maßnahme an. Es hatte sich als notwendig erwiesen, zu drastischen Mitteln zu greifen, nachdem die Partei sich als unfähig oder unwillig erwiesen hatte, ihre Schulden gegenüber ihrem momentanen Hauptgläubiger zu berappen. Letzterer ist niemand anders als Ferdinand de Rachinel, seines Zeichens einer von sieben derzeitigen Abgeordneten der französischen rechtsextremen Partei- und Druckunternehmer – bislang hatten die Druckereien Le Rachinels nahezu sämtliches Werbe- und Propagandamaterial für den FN fabriziert.

Im Jahr 2007 hatte Le Rachinel, indem er persönliche Kredite bei den Banken (die der Partei aufgrund einer als „unsicher“ betrachteten Rückzahlungsperspektive kein Geld ausleihen mochten) im eigenen Namen aufnahm, seiner Partei acht Millionen Euro vorgestreckt. Aber weil damals überraschend 360 – von insgesamt rund 550 – Parlamentskandidaten des FN nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kamen, ab deren Überspringen ein/e Bewerber/in einen Anspruch auf Rückerstattung der Wahlkampfkosten hat, blieb selbige Rückerstattung für die Mehrheit der FN-Kandidaten aus. Zudem sank die staatliche Parteienfinanzierung zugunsten des FN drastisch, da die Parlamentswahlergebnisse der Partei stark zurückgegangen waren – von 11 Prozent im Juni 2002 auf nur noch 4,3 Prozent im nationalen Durchschnitt im Juni 2007.

Von seinen acht Millionen Euro sah Le Rachinel nur 1,5 Millionen wieder. Und für den Rest beschied man ihm in der Parteizentrale: „Wir schulden Dir überhaupt nichts.“ Le Rachinel klagte gegen die eigene Partei, mit Erfolg, und der Prozess fand am 23. Juni in Nanterre statt – das Urteil wird am 3. Oktober dieses Jahres gefällt werden. Der Europaparlamentarier fordert unter anderem neben der Rückzahlung sämtlicher Schulden zusätzlich noch 500 000 Euro Schadensersatz von der eigenen Partei.

Als einstweilige Vollstreckung hatte das Gericht die Zahlung von etwas über 800 000 Euro an Le Rachinel angeordnet. Dieser hatte eine Rechnung über gut 85 000 Euro (was den Druckkosten für bestimmte Materialien, die er ausgelegt hatte, entsprechen dürfte) an die Parteizentrale geschickt. Aber letztere kam unbezahlt zurück. Daraufhin wandte sich der Druckereiunternehmer wieder an die Richter, um den Erlass einer Einstweiligen Verfügung zu erzielen – aufgrund derer nun die Konten der Partei eingefroren wurden.

Seitens der Le Pens (Jean Marie und Tochter Marine) behauptet man unterdessen unverfroren, Le Rachinel präsentiere „gefälschte Rechnungen“ und habe bislang immer „seine Preise übertrieben, um den Staat bei der Rückerstattung der Wahlkampfkosten zu prellen“. Ferdinand Le Rachinel reicht das Kompliment zurück: „Wenn man bedenkt, dass die Le Pens den Staat so verwalten könnten, wie sie ihre eigene Partei verwalten, dann läuft es einem kalt den Rücken herunter.“

Die einzige Hoffnung der Parteispitze dürfte darin bestehen, dass sie ihren alten Parteisitz im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud doch noch alsbald – und für die rund 20 Millionen Euro, die sie dafür fordert – verkauft bekommt. Die rechtsextreme Partei hat bereits ihren Umzug von Saint-Cloud nach Nanterre (in eine wesentlich kleinere Parteizentrale, 1800 statt zuvor über 5000 Quadratmeter) eingeleitet. Aber bislang hat sie es nicht geschafft, den Verkauf ihres seit 1994 genutzten Parteisitzes in Saint-Cloud schnell und teuer genug über die Bühne zu bringen.

Bernhard Schmid

Braune Schatten

Bedrohliche rechtsextreme Szene in der Schweiz.

Dem schweizerischen Bundesamt für Polizei zufolge sind in der Schweiz etwa 30 Skinheadgruppen aktiv. Davon sind die wichtigsten und schon länger bestehenden Gruppierungen „Blood&Honour Schweiz“ (B&H), die „Schweizerischen Hammerskins“ (SHS) und „Morgenstern“, ist dem jetzt erschienenen „Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2007“ (www.fedpol.ch) zu entnehmen.

Zum B&H-Netzwerk werden 150 bis 200 Neonazis gezählt. B&H-Mitglieder veranstalten insbesondere Konzerte, die zur Anwerbung von Jugendlichen, aber auch zur Selbstbestätigung der Szene dienen. Die meisten Konzerte fanden im deutschen Sprachraum, namentlich in den Kantonen Luzern, Aargau, Zürich, Bern, Solothurn und Thurgau, aber auch in der Waadt statt. Eine der polizeilich bekanntesten Skinheadbands ist „Indiziert“, die im Dezember 2001 von Dominic Lüthard (Gesang), den Gebrüdern Alex (Gitarre) und Cedric Rohrbach (Schlagzeug) gegründet wurde. Im Frühling 2005 stieß Benjamin Lingg (Bass) hinzu. Das „Indiziert“-Lied „Ausnahmezustand“ ist ein Aufruf zur Gewalt: „Was ist aus dem Land geworden, durch fremde Kulturen total verdorben. Die Ausländer toben sich hier aus, leben in Saus und Braus. Eines Tages werden alle erwachen, dann lassen wir es hier so richtig krachen.“ Zum B&H-Umfeld zählt die Band „Amok“, deren erste CD „Verbotene Wahrheit“ im Herbst 2007 erschien. In einem Song bedroht „Amok“ den Journalist und Rechtsextremismusexperten Hans Stutz: „Hans Stutz – hier kommt ein kleiner Gruß, von den Feinden aus dem Untergrund – die man besser beachten muss. Hans Stutz – hast du es gecheckt, du musst dich nicht verwundern – wenn einst ein Messer in deinem Rücken steckt.“

Im vergangenen Jahr traten B&H-Mitglieder immer wieder mit Schlägereien und Körperverletzungen in Erscheinung. Die Gewalt richtete sich gegen Mitglieder anderer rechtsextremer Gruppierungen, gegen Linke, gegen den Staat und dessen Institutionen. Vermehrt traten B&H-Mitglieder im Umfeld von Hooligans auf. Bis zu 15 Prozent der Hooligans in der Schweiz verkehren auch in rechtsextremen Kreisen. Der Personenkreis von SHS und „Morgenstern“ beschränkt sich auf mehrere Dutzend Personen.

Die Anzahl rechtsextrem motivierter Ereignisse blieb dem Bericht zufolge 2007 gegenüber dem Vorjahr mit insgesamt 109 Vorfällen gleich. Die Anzahl gewalttätiger Ereignisse nahm von 64 im Jahr 2006 auf 56 ab. Im Berichtsjahr 2007 seien Rechtsextremisten gegenüber den Sicherheitsbehörden aggressiver aufgetreten, rechtsextreme Aktivitäten wurden häufiger konspirativ organisiert, wird festgestellt.

Im Visier der Polizei steht auch die rund 100 Mitglieder umfassende Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), die Kontakte zu NPD und Jungen Nationaldemokraten pflegt. Rechtsextremisten aus der Schweiz waren unter anderem beim NPD Bayerntag am 7. Juni 2008 in Günzburg zugegen. Am 15. März 2008 spielten die deutschen Neonazi-Bands „Legion of Thor“, „Eugenik“ und „X.x.X.“ auf einem Konzert der PNOS-Sektion Oberland in Wimmis auf. Zugegen waren rund 300 Rechtsextremisten aus der Schweiz, Österreich und der Bundesrepublik. Programm und Publikationen der PNOS sind von fremdenfeindlicher und rechtsextremer Rhetorik geprägt. Bei zahlreichen PNOS-Anhängern wurden 2007 Schlagstöcke, Messer und Pfeffersprays sichergestellt.

Gern gesehen bei der PNOS ist Pierre Krebs vom „Thule-Seminar“ in Kassel. Er referierte am 8. März dieses Jahres, so Jordi de Kroon von der PNOS Berner Oberland, unter anderem über das „Bild eines zukünftigen Europas, das sich von seinen amerikanischen und zionistischen Tyrannen befreit hat“.

Erwähnt wird im „Schweizer Bericht 2007“ auch eine Schießübung von zwei Aktivisten der Freien Nationalisten Rhein-Main an einem Schießstand am 10. August 2007. Im Rahmen einer militärischen Untersuchung wurde deshalb Roland Wagner, damals Senkrechtstarter und Hoffnungsträger bei den Schweizer Demokraten (SD), disziplinarisch bestraft. Als dessen Gäste hatten die beiden Deutschen Mario Matthes und Miriam Stoffel mit Schweizer Armeewaffen geübt, wofür sie eine Bewilligung hätten einholen müssen. Matthes ist zwischenzeitlich stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Hessen.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Mordkommando

Ein früherer SS-Mann aus den Niederlanden muss sich voraussichtlich in Aachen vor Gericht verantworten – das dürfte dann der letzte NS-Prozess werden.

In Aachen beginnt vermutlich noch in diesem Herbst das Strafverfahren gegen einen SS-Mann, dem drei Morde vorgeworfen werden. Angeklagt wird Heinrich Boere, der im September 1944 in verschiedenen niederländischen Städten und Dörfern drei niederländische Staatsbürger kaltblütig ermordet haben soll. Boere, der in den Niederlanden geborene Sohn einer holländischen Mutter und eines deutschen Vaters, meldete sich 1940 als Achtzehnjähriger kurz nach der niederländischen Kapitulation vor den deutschen Okkupanten als Freiwilliger zur SS. 1941 wurde er an die Ostfront verlegt. Nach der Rückkehr in die Niederlande meldete er sich zum „Sonderkommando Feldmeijer“, das Jagd auf untergetauchte Widerstandskämpfer und deren Helfer machte. Das Kommando hat nach Berichten der niederländischen Justiz etwa 50 Morde begangen. Heinrich Boere war damals 22 Jahre jung. Ehe er seine Opfer erschoss, ließ er sich von ihnen den Personalausweis zeigen. Es sollte streng nach dem Gesetz gemordet werden.

Nach der Befreiung von der deutschen Besatzung wurde Boere zu Hause verhaftet. Es gelang ihm aber die Flucht in die Bundesrepublik. Das in Abwesenheit verhängte Todesurteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt. Boere, geboren in Maastricht unmittelbar an der Grenze zu Aachen, ließ sich in Eschweiler bei Aachen nieder, wo er mittlerweile in einem Seniorenheim wohnt. Versuche der niederländischen Justiz, Boeres Auslieferung durchzusetzen, scheiterten, weil die Bundesrepublik ihre Staatsbürger nicht ausliefert. Boere ist durch „Erlass des Führers“ vom 19. Mai 1943, „der allen Ausländern, die in deutschen Streitkräften gedient haben, vom Tag ihrer Anstellung die deutsche Staatsbürgerschaft verleiht“, Deutscher. Damit waren und sind der holländischen Justiz die Hände gebunden. Der niederländische Justizminister Ernst Hirsch Ballin sagte kürzlich im niederländischen Parlament auf Anfragen mehrerer Fraktionen, er unterstütze die Versuche, Boere vor Gericht zu stellen. Er sehe aber keine Möglichkeit.

Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß von der Dortmunder Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen sagte der niederländischen Tageszeitung „Dagblad“, „Deutschland hat etwas gutzumachen, das früher liegengelassen worden ist.“ Damit könnte er seinen Vorgänger im Amt, Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, gemeint haben. Maaß hat die niederländischen Akten über Boere sorgfältig studiert und Möglichkeiten gefunden, ihn wegen Mordes in drei Fällen anzuklagen. So habe er einen anderen niederländischen SS-Mann ausfindig gemacht, der seine Strafe verbüßt habe und nun als „Kronzeuge“ zur Verfügung stehe. Maas geht davon aus, dass in diesem Herbst, spätestens Anfang 2009 die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Aachen beginnen kann.

Boeres Verteidiger, Rechtsanwalt Gordin Christiansen aus Köln, ist da nicht so sicher. Dem „Dagblad“ sagte er am Telefon: „Herr Boere war in letzter Zeit oft im Krankenhaus. Ob er verhandlungsfähig ist, weiß ich nicht. Ich bin kein Arzt.“ Im vergangenen Jahr ist Boere noch mit einem Rollator in Eschweiler spazieren gegangen. „Meine Gesundheit“, sagte er, „ist nicht gut und nicht schlecht.“ Er bekennt sich zu zwei, aber nicht zu drei Morden. „Wenn jemand gegen uns war, ging es richtig los. Wir haben alles geglaubt.“ Für eine Haftstrafe fühlt er sich jetzt zu alt.

Das freilich sagen seit Jahren alle mutmaßlichen NS-Täter, auch die Männer, gegen die von der Staatsanwaltschaft in München ermittelt wird. Die Zeit arbeitet gegen die Gerechtigkeit und für die mutmaßlichen Mörder. Denn strafrechtlich verfolgt werden können nur noch Morde. Alle anderen NS-Verbrechen sind längst verjährt.

Mit dem Prozess in Aachen würde die Stadt im Dreiländereck von Belgien, Deutschland und den Niederlanden Ort des ersten und letzten NS-Prozesses werden. Die ersten Angeklagten waren „Wehrwölfe“, also junge Deutsche ohne Uniform, die 1944 nach der Befreiung Aachens als erster westdeutscher Großstadt dort Terrorakte verübt hatten. Sie erhielten wegen ihrer Jugend Haftstrafen.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Uralter Judenhass

Ein neuer Band setzt sich mit antisemitischen Vorurteilen auseinander und liefert Denkanstöße sowie Argumente dagegen.

Viele Regalmeter füllt die Literatur zu Holocaust und Antisemitismus, zur jüdischen Religion und zur Entwicklung des modernen Staates Israel. Doch an einem einfach zu lesenden Einstiegswerk in diese Themen mangelte es – zumindest bis 2005. Damals erschien der vom Anne-Frank-Haus Amsterdam herausgegebene Band „Fünfzig Fragen über Antisemitismus" erstmals, aber zunächst nur in niederländischer und englischer Sprache. Mitte Juli wurde nun die deutschsprachige Ausgabe im Berliner Anne-Frank-Zentrum vorgestellt.

„Alle Juden sind… – 50 Fragen zum Antisemitismus" bietet einen Querschnitt durch jüdische Geschichte und Gebräuche, aber auch durch Vorurteile und Ressentiments. Angefangen bei der Frage „Wer ist jüdisch?" liefert der Band differenzierte Antworten auf viele nahe liegende Fragen zu Antisemitismus, Holocaust, zum Verhältnis der jüdischen, christlichen und muslimischen Religionen zueinander sowie zu Israel und zur aktuellen Situation im Nahen Osten.

Vorurteile gegenüber Juden sind uralt und haben verschiedene Wurzeln – nicht zuletzt in nichtjüdischen Religionen. Dass aber Antisemitismus bis in die Jetztzeit geschürt und verbreitet wird, erscheint fast irrational. Und dennoch ergeben Umfragen regelmäßig erschreckend hohe Zustimmungen zu antisemitischen Aussagen. Im Buch wird etwa auf Untersuchungen des Frankfurter Sigmund-Freud-Instituts und der Universität Leipzig von 2002 verwiesen, in denen sich 36 Prozent der Befragten explizit antisemitisch äußerten. Mit großer Beharrlichkeit halten sich Vorstellungen wie die von einer „jüdischen Rasse" oder einer „jüdischen Weltverschwörung". Aber auch der sekundäre Antisemitismus ist weit verbreitet, also jene Haltung, die gerade wegen der systematischen Judenvernichtung durch die Nazis verlangt, nun müsse endlich Schluss sein mit Schuldgefühlen gegenüber jüdischen Menschen. Und schließlich finden sich auch in der Kritik an der Politik des Staates Israel zuhauf antisemitische Elemente.

Antisemitismus ist komplex. „Über Juden gibt es seit Jahrhunderten unzählige irrationale Vorstellungen: Sie seien Infiltranten, Wucherer und Christusmörder", heißt es im Vorwort. In das Gewirr aus Stereotypen möchte der Band mit seinen klar formulierten Fragen und gut zu verstehenden Antworten ansatzweise etwas Ordnung bringen.

„Es ging nicht darum, jedes Thema abschließend zu beantworten", erklärte bei der Buchpräsentation Hans Westra, Direktor des Amsterdamer Anne-Frank-Hauses. Den Leserinnen und Lesern – oft Lehrer/innen und andere Multiplikatoren im Bildungssektor – sollen vielmehr Denkanstöße und Argumente geliefert werden, die ihnen eine eigene Meinungsbildung und differenzierte Vermittlung der Themen an Schüler/innen ermöglichen.

Thomas Heppener, Direktor des Berliner Anne-Frank-Zentrums, wies auf die wachsende Bedeutung der Lehrerbildung zu diesem Themenkomplex hin. „Das Interesse ist hoch, gleichzeitig haben die meisten Lehrer erhebliche inhaltliche Defizite." Allein in diesem Jahr bietet das Anne-Frank-Zentrum dreißig Lehrerfortbildungsveranstaltungen zum Thema Antisemitismus an. Der Band mit den fünfzig Fragen und Antworten kommt dabei ebenso zum Einsatz wie die kürzlich von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Broschüren zum Antisemitismus in Europa.

Grundsätzlich wendet sich das von Jaap Tanja verfasste und für die deutsche Ausgabe gründlich überarbeitete und ergänzte Buch an alle interessierten Leserinnen und Leser ab 14 Jahren und liefert genügend Literaturhinweise und Links, um tiefer in die Geschichte des Antisemitismus und den komplizierten Nahostkonflikt einzusteigen.

Gudrun Giese

Anne Frank Haus Amsterdam (Hrsg.), „Alle Juden sind… 50 Fragen zum Antisemitismus", Verlag an der Ruhr, Mülheim a.d. Ruhr 2008, 184 Seiten, ISBN 978-3-8346-0408-8, 19,50 Euro.

Das Buch kann beim Anne-Frank-Zentrum Berlin bestellt werden: www.annefrank.de; zentrum@annefrank.de

Meldungen

Berichtigung

In der Ausgabe „blick nach rechts“ 15/2008 haben wir in dem Artikel „Bündnis für Heimat“ geschrieben, dass Marius Frosch (Jg. 1981) bislang unter anderem bei der FDP aktiv war. Marius Frosch, Stuttgart, hat uns jetzt wissen lassen, dass er „nie der FDP angehört“ hat.

Redaktion bnr.de

„Dürftige Bilanz“

Altenburg – Die Neonazi-Organisation „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) hat sich aufgelöst. In einer am 22. Juli verbreiteten Erklärung teilten drei führende Vertreter des „Kampfbundes“ mit, das „Experiment“ KDS werde eingestellt. Thomas Gerlach aus dem thüringischen Altenberg, Axel Reitz aus Köln und Thomas Brehl aus Langen (Hessen) erklärten, die Bilanz sei nach zehn Jahren „zu dürftig“: „Vor allem scheinen die Erfolgsaussichten zu gering, um die weitere Investition von Zeit, Kraft, Arbeit und Geld zu rechtfertigen.“ Der KDS war am 1. Mai 1999 gegründet worden und hatte sich zum Ziel gesetzt, „‚rechte’ und ‚linke’ Sozialisten“ auf der Basis eines „gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Nation“ zu einen. Allerdings wurde die Truppe auch in rechtsextremen Kreisen wegen ihres Uniformfetischismus, ihrer Ordens- und Titelsucht sowie ihrer Sympathie für Nordkorea oder den Irak Saddam Husseins wahlweise belächelt oder scharf kritisiert. „Sein Ziel, eine richtungsweisende Querfrontstrategie nicht nur zu betreiben, sondern auch als Erfolgsmodell populär zu machen, konnte der KDS ebensowenig erreichen, wie das Entfalten einer Sogwirkung auf bewährte Unterführer und Aktivisten des Nationalen Widerstandes“, heißt es nun in der Auflösungserklärung von Brehl, Reitz und Gerlach. In „Groß-Berlin“ – dort führte jedenfalls bislang Michael Koth die Regie – solle der KDS seine Arbeit „zunächst als lokaler Zusammenschluss fortsetzen, da er hier eine wesentliche Brückenfunktion zwischen den einzelnen Gruppen und Organisationen“ wahrnehme. (ts)

Entlassung war rechtens

Lübeck/Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in letzter Instanz die Beschwerde des Rechtsextremisten Dieter Kern gegen seine Entlassung aus den Diensten der Hansestadt Lübeck als unzulässig zurückgewiesen. Kern (Jg. 1954), vormals Gründer und Vorsitzender der zwischenzeitlich aufgelösten Neonazi-Vereinigung „Bündnis Rechts“ (BR), hatte seine Stelle als Techniker im Lübecker Umweltamt verloren, nachdem er die Terroranschläge vom 11. September 2001 als „längst überfällige Befreiungsaktion gegen die USA“ bezeichnet hatte. Die Straßburger Richter kamen zu der Einschätzung, dass Kern mit seinen Äußerungen zu den Terroranschlägen „das Band der Loyalität zu seinem Dienstherrn“ durchschnitten habe. In den Jahren 2004/2005 betrieb Kern einen Landgasthof in Heilshoop (Kreis Stormarn) und ließ dort rechtsextreme Konzerte und Veranstaltungen stattfinden. Zwischenzeitlich hat sich Kern auf dem „Lundshof“ in Kosel (Kreis Rendsburg-Eckernförder) niedergelassen. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de